



## Helene Wessel – Die Unbequeme



<sup>1</sup> Helene Wessel unterzeichnet das Grundgesetz

Helene Wessel (Zentrumspartei) vertrat zusammen mit Johannes Brockmann im Parlamentarischen Rat die Deutsche Zentrumspartei. Für SPD und CDU, die mit je 27 Abgeordneten vertreten waren, waren die kleinen Parteien mit jeweils zwei Mandatsträgern begehrte Koalitionspartner.

### „Frauen müssen sich in die staatsbürgerlichen Aufgaben bewusst und freudig einmischen.“

**Helene Wessel in: Sonnenstrahlen, 13. Jg., Januar 1930, S. 52**

Hauptthema Helene Wessels in den Beratungen des Parlamentarischen Rates war die Diskussion um den Normenkomplex von Ehe und Familie. Zentrales Anliegen war ihr die Festschreibung des Schutzes für Ehe und Familie im Grundgesetz. Dieses Anliegen verfocht sie ganz besonders angesichts der Realität der Nachkriegszeit: Gerade die steigenden Scheidungsraten, die Vielzahl lediger Mütter und „unvollständiger Familien“ (auch im Gefolge des Krieges) ließen sie einen besonderen Schutz des Staates für Ehe und Familien fordern.

Zusammen mit Helene Weber (CDU) focht sie auch für Abs. 4 des Art. 6: „Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.“ Eine solche besondere Fürsorge für Mütter entsprach einerseits ihrem Verständnis der Rolle der Frau in der Familie. Andererseits waren es auch ihre Erfahrungen in der Sozialarbeit und Fürsorge für berufstätige ledige Mütter, die einen besonderen Schutz angeraten sein ließen.

Helene Wessel lehnte in der Endabstimmung am 8. Mai 1949 das Grundgesetz ab. Sie hob das Erreichte durchaus positiv hervor, doch ihrer Meinung nach fehlten notwendige Grundrechte. Insbesondere wollte sie mehr Volksabstimmungen als Ausdruck echter Demokratie; darüber hinaus forderte sie die Formulierung des Elternrechts als Naturrecht. Daher verweigerte sie, zusammen mit Johannes Brockmann, dem Grundgesetz ihre Zustimmung aus Gewissensgründen.

1949 war Helene Wessel eine der zehn gewählten Abgeordneten der Deutschen Zentrumspartei im ersten Deutschen Bundestag. Als einzige Frau übernahm sie den Vorsitz einer Bundestagsfraktion. Geprägt durch katholische pazifistische Ideen opponierte sie gegen die Politik der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik und der Einbindung in die NATO. Im November 1951 trat sie von ihren Parteiämtern zurück und gründete mit Gustav Heinemann die „Notgemeinschaft zur Rettung des Friedens in Europa“, die spätere Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP). Dadurch verlor Helene Wessel 1953 ihr Bundestagsmandat und zog erst 1957, nach der Auflösung der GVP und ihrem Eintritt in die SPD, wieder in den Deutschen Bundestag ein.

Grundlage ihres Handelns war ihr katholischer Glaube, aus dem sie die Kraft und die Stärke für ihren ganz eigenen Weg schöpfte. Ebenso wie Helene Weber versuchte sie engagiert, Frauen für Politik zu interessieren und sie für eine politische Laufbahn zu motivieren.



<sup>1</sup> Mandatskarte